

Landchaftlicher Kredit-Verband

für die Provinz

Schleswig-Holstein.

(Auszug aus dem Statut.)

Jeder Besitzer eines in der Provinz Schleswig-Holstein belegenen landschaftlich oder forstwirtschaftlich benutzten Grundstücks, welches nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 11. Februar 1870, betreffend die Ausführung der anderweitigen Regelung der Grundsteuer in der Provinz Schleswig-Holstein einen Reinertrag von mindestens *M.* 150.— gewährt, kann als Mitglied des Verbandes aufgenommen werden.

Die Meldung zum Beitritt geschieht bei der Direction des Verbandes unter Einreichung eines Auszuges aus der Grundsteuer-Mutterrolle und einer vollständigen, beglaubigten Abschrift des Grundbuchblattes. Für die Zeit bis zur Fertigstellung der Grundbücher tritt an Stelle der letzteren ein vollständiger Folien-Extrakt aus dem Schuld- und Pfandprotokoll.

Ueber die Aufnahme entscheidet die Direction. Gegen deren Entscheidung ist Berufung an den Verwaltungsrath gestattet, welcher dann endgültig entscheidet. Bei der Aufnahme wird ein Eintrittsgeld von 1 *M.* für jedes empfangene Tausend der verlangten Darlehenssumme erhoben.

Der Verband gewährt seinen Mitgliedern Darlehne in den von ihm ausgegebenen Pfandbriefen nach dem Nennwerthe unter folgenden Bedingungen:

- 1) von Gütern resp. Grundstücken, deren Eigenthum Mehreren zusteht, können ideelle Antheile nicht beliehen werden;
- 2) insoweit das Eigenthum eines Gutes resp. Grundstücks durch Lehn- oder Familienstiftung beschränkt ist, müssen bei einer vom Besitzer beabsichtigten Verschuldung des Grundbesitzes diejenigen Formen erfüllt, resp. deren Erfüllung nachgewiesen werden, welche die betreffenden Stiftungs-Urkunden, Statuten zc. vorschreiben;
- 3) sämtliche Kosten der Vorbereitung, Vollziehung des Darlehnsgeäfts und Eintragung des Darlehns trägt Darlehnsnehmer und kann zur Deckung derselben ein angemessener Kostenvorschuss eingefordert werden;
- 4) für Kapital, Zinsen, Einlagungs- und Vertreibungskosten, einschließlich der Anwaltskosten und alle sonstigen aus dem Darlehnsgeäfts erwachsenen Kosten, sowie die sonstigen statutenmäßigen Beiträge, muß innerhalb der ersten Hälfte des nach § 24 ermittelten Werthes des zu beliehenden Objektes beziehungsweise innerhalb des 20fachen Grundsteuer-Reinertrags, wenn eine Taxation nicht stattgefunden hat, und zur ersten Stelle Hypothek bestellt werden, von welcher Stelle nur bezüglich der vorher eingetragenen Altentheile, Grundrenten und solcher Prästationen, welche der Ablösung nicht unterliegen, sowie bezüglich der unkündbaren Kapitalien und bei Grundstücken von 1000 *M.* Grundsteuer-Reinertrag und darüber insoweit abgewichen werden darf, als das Pfandbriefdarlehn mindestens mit der Hälfte seines Betrages noch innerhalb des ersten Viertels des Taxwerthes bezw. innerhalb des 10fachen Grundsteuer-Reinertrages zu stehen kommt. Die zu einem beliebigen Grundstück gehörenden Gebäude müssen bis zur Tilgung des Darlehns bei einer der von dem Verwaltungsrathe gebilligten Feuerversicherungs-Anstalten werthgemäß versichert werden;
- 5) der Schuldner hat das Darlehnskapital vom ersten Tage desjenigen Halbjahres ab, in welchem er dasselbe empfangen, mit 4 resp. 4½ % zu verzinsen und außerdem ¼ % Verwaltungskosten und ½ % Tilgungsbeitrag zu entrichten. Die Zahlung erfolgt halbjährlich und zwar dergestalt, daß die Zinsen für das 1. Halbjahr bis zum ersten Juni und die für das 2. Halbjahr bis zum ersten Dezember bei der Kasse des Verbandes eingezahlt sein müssen;
- 6) dem Schuldner steht es jederzeit frei, das Pfandbriefkapital ganz oder theilweise an den Verband zurückzahlen; jedoch müssen die Zinsen incl. der sonstigen statutenmäßigen Beiträge für das laufende Halbjahr entrichtet werden. Die Zahlung erfolgt in Pfandbriefen des Verbandes nach dem Nennwerthe unter Beifügung der vom ersten Tage des auf die Ablösung folgenden Halbjahres ablaufenden Coupons und der Talons.

Der Schuldner ist berechtigt, löschungsfähige Quittung über die abgezahlten Beiträge, oder Abtretung derselben ohne Gewährleistung zu fordern, sowie befugt, auf Grund der löschungsfähigen Quittung entweder auf seine Kosten den betreffenden Betrag im Grundbuche bezw. Schuld- und Pfandprotokoll zur Löschung bringen zu lassen oder den Betrag mit Vorbehalt des Vorzugsrechts für die zu Gunsten des Verbandes auf seinem Grunde besitz noch haftenden Forderungen auf seinen Namen umschreiben zu lassen, oder über ihn zu verfügen.

7) Der Verband hat das Recht:

A das Pfandbrieffcapital mit sechsmonatlicher Frist zu kündigen:

- a) wenn der Erwerber eines mit Pfandbrieffen beleihenen Objekts die ihm nach § 2 al. 4 des Statuts obliegende Verpflichtung innerhalb der vorgeschriebenen Frist nicht erfüllt;
- b) wenn der Schuldner seinen statuten- oder vertragsmäßigen Verpflichtungen nach geschehener Aufforderung Seitens der Direction nicht nachkommt;
- c) wenn das verpfändete Object unter Sequestration oder Subhastation gestellt wird;
- d) wenn der Schuldner in Konkurs geräth;

B eine angemessene theilweise Abzahlung der Schuld in gleicher Frist zu verlangen, wenn das verpfändete Object sich in seinem Werthe verringert.

Ob und inwieweit die Verringerung als eingetreten zu betrachten ist, entscheidet der Verwaltungsrath mit Ausschluß des Rechtsweges.

- 8) Kann Darlehnsfucher die Priorität (cfr. ad 4) vor bereits eingetragenen Forderungen nicht sofort verschaffen, so ist die Bewilligung eines Darlehns dennoch zulässig, wenn derselbe sich verpflichtet, die eingetragenen Forderungen zur Löschung zu bringen und wegen der Ansprüche aus denselben dem Verbande eine Kaution in der Art bestellt, daß er bei 4procentigen Darlehen für je 240 *M.* der Forderung und bei 4½procentigen Darlehen für je 260 *M.* der Forderung 300 *M.* in Pfandbrieffen des Verbandes bei demselben deponirt. Bei der Berechnung des Betrages der Forderung wird der Zinssatz derselben, wenn sich kein höherer ergibt, auf 5 % und der Rückstand der Zinsen, wenn deren Berichtigung nicht glaubhaft nachgewiesen werden kann, auf 5 Jahre angenommen.

Ueber die Gewährung und näheren Bedingungen des Darlehns, sowie über die Kündigung desselben entscheidet die Direction, auch ist dieselbe verpflichtet, die Realisirung der Pfandbrieffe für die Darlehnsfucher auf deren Wunsch zu vermitteln.

Der Werth der zu beleihenden Grundstücke wird durch eine nach den vom Verwaltungsrath festzusetzenden Taggrundsätzen zu beschaffende Schätzung ermittelt. Von einer Schätzung darf Abstand genommen werden, wenn der Betrag des Darlehns den 20fachen Betrag des Grundsteuer-Reinertrages nicht übersteigt.

Der Verwaltungsrath entscheidet endgültig über die Werthbestimmung eines Grundstücks, bezw. die Höhe des Darlehns innerhalb der vorstehend angegebenen Grenzen.

Formulare für Schulbureauken (Schuldverschreibungen, Cessionen) liefert die Direction. Schulbureauken sind stempelfrei, dagegen beträgt der Stempel für Pfandbrieffe eins für Tausend (1 ‰). Diesen Stempel besorgt die Direction auf Kosten des Darlehnsnehmers.

Die Gebührensätze für die Beglaubigung der Unterschrift auf den Schulbureauken sind, wie folgt:

bei einem Werthe des Gegenstandes bis 600 <i>M.</i> von je 150 <i>M.</i>	25 <i>S</i>
von dem Mehrbetrage bis 3000 <i>M.</i> von je 600 <i>M.</i>	25 "
von dem Mehrbetrage bis 60 000 <i>M.</i> von je 3000 <i>M.</i>	25 "
und bei Werthen über 60 000 <i>M.</i> zuzüglich noch 3 <i>M.</i>	

Die Gebührensätze in Grundbuchsachen werden erst einheitlich geregelt sein nach vollendeter Einführung der Grundbücher in allen Theilen der Provinz.

Jede weitere Auskunft wird bereitwilligst von der Direction erteilt.

Kiel, im Juni 1882.

Die Direction.